

ATOM-PANNEN

Vattenfall lenkt im Streit um AKW Krümmel ein

Der Stromkonzern ist nun eifrig bemüht, die Ausfälle in den Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel aufzuklären. Sogar die Mitarbeiter sollen nun aussagen. Denn Umweltminister Sigmar Gabriel droht den Unternehmen weiter damit, den Weiterbetrieb zu verbieten.



Umweltminister Sigmar Gabriel (r., mit dem Chef des Bundesamts für Strahlenschutz Wolfram König) droht Vattenfall mit Lizenzentzug Foto: AP

Nach tagelangem Schlagabtausch lenkt der schwedische Energiekonzern Vattenfall im Streit über die Aufklärung der Pannen im Atomkraftwerk Krümmel ein. Am Freitag will Vattenfall der Aufsichtsbehörde in Kiel einen Zwischenbericht zu den Störfällen vorlegen. Auch soll die Atomaufsichtsbehörde am Montag Mitarbeiter des Kraftwerks zu den Störfällen befragen dürfen. Das hatte der Konzern bislang hartnäckig verweigert.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel machte gestern erneut deutlich, dass er das Wiederanfahren von Krümmel untersagen könne, wenn die Vorgänge nicht lückenlos aufgeklärt würden. Das für Montag geplante Gespräch mit den Mitarbeitern des Kraftwerks solle aufklären, warum die Sicherheitsvorkehrungen „nicht exakt so funktioniert haben wie ausgelegt“ und warum Fehler passierten. Es gehe nicht darum, die Mitarbeiter zu Schuldigen abzustempeln. „Uns interessiert die Struktur der Abläufe“, so Gabriel.

Gegenüber WELT ONLINE räumte der Vorstandschef von Vattenfall Europe, Klaus Rauscher, Fehler in der Informationspolitik nach den Störfällen ein. Das Bedürfnis der Öffentlichkeit, über jedes Vorkommnis unverzüglich direkt informiert zu werden, sei unterschätzt worden. „Dies holen wir jetzt nach, indem wir über die meldepflichtigen Ereignisse auf der Internetseite unseres Unternehmens informieren“, sagte Rauscher. „Wir müssen und werden die Öffentlichkeit mehr auf direktem Wege unterrichten: Was ist passiert, wie funktioniert die Technik, wie sorgen wir für Sicherheit? Hier sind wir als Betreiber gefordert.“

SPD hält Vattenfall für nicht vertrauenswürdig

Die Kritik an seinem Unternehmen nehme er sehr ernst. Allerdings sehe er keine Belege für ein gravierendes Fehlverhalten seines Unternehmens. Davon könne nicht die Rede sein, so Rauscher. Dies wolle der Konzern durch eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle belegen.

„Selbstverständlich werden wir alles tun, um die Vorkommnisse der letzten Tage lückenlos aufzuklären, alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Erst danach wird das Kernkraftwerk Krümmel wieder ans Netz gehen“, sagte der Vorstandsvorsitzende. Er appellierte an die Politik, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren.

In der SPD wird Vattenfall jedoch weiterhin heftig kritisiert. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Kernenergie-Experte Ulrich Kelber erhob schwere Vorwürfe gegen das Unternehmen. „Die Aussage der Verantwortlichen bei Vattenfall, der Reaktor selbst sei von dem Störfall nicht betroffen gewesen, war der Versuch

einer bewussten Irreführung der Atomaufsicht im Vorfeld des Energiegipfels“, sagte er WELT ONLINE. Vattenfall sei bemüht gewesen, „die zu diesem Zeitpunkt bekannten Probleme zu verschweigen“. „Es war eine Lüge zu behaupten, dass es sich ausschließlich um einen Brand außerhalb des Reaktors gehandelt habe, der Reaktorbereich selbst aber in keiner Weise betroffen gewesen sei“, so Kelber.

Von Beust bezeichnet Privatisierung als Fehler

Der Energiepolitiker zog sogar in Zweifel, ob Vattenfall vertrauenswürdig genug sei, das Kraftwerk Krümmel weiter zu betreiben. „Jetzt muss die Frage geklärt werden, ob Vattenfall zuverlässig genug ist, eine solche Technologie bis zum Atomausstieg zu betreiben. Schon bei früheren Störfällen hat Vattenfall falsche Angaben über die Ausstattung von Notstromaggregaten gemacht“, sagte Kelber.

In Krümmel war am 28. Juni in einer Trafostation ein Brand ausgebrochen. Vattenfall verschwieg zunächst Bedienungsfehler. Bei dem Vorfall drang auf ungeklärte Weise Gas in die Leitwarte des Reaktors, wo sich 25 Mitarbeiter aufhielten. Kurz zuvor war das Vattenfall-Atomkraftwerk Brunsbüttel nach einem Kurzschluss automatisch heruntergefahren worden. Auch hier gab es Auffälligkeiten, die verspätet gemeldet wurden.

Angesichts der Vorfälle bezeichnete es Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) als Fehler, dass die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) zwischen 1999 und 2002 schrittweise an Vattenfall verkauft worden seien.

Anzeige



EXPERTEER.DE
Deutschlands größter Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.
Jobs ab 60.000€. 900 Headhunter.
[» Mehr Informationen](#)

- [Erdwärme als Top-Investment: Bis zu 9% Ausschüttung p.a. mit Green Energy! Infos hier](#)
- [Buchen Sie jetzt Call & Surf Pakete zum reduzierten Preis mit kostenlosem Leistungsplus!](#)
- [Jetzt 4,05% Zinsen aufs Tagesgeld bei 1822direkt – bis 500.000 Euro. www.sommerzinsen.de](#)
- [BVT-PB Top Select Fund II: Bis zu 8,3% p.a. mit perfektem Fondsmanagement. Postbank!](#)